

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXIII 4–2007

ENTWICKLUNGSPOLITIK UND SICHERHEITSINTERESSEN: KOHÄRENZ ODER KONKURRENZ?

Schwerpunktredaktion: Clemens Six

mandelbaum *edition südwind*

Inhaltsverzeichnis

- 4 CLEMENS SIX
Die Entwicklung von Sicherheit: Eine Einleitung
- 17 JAN POSPISIL
Entwicklung und Sicherheit: Historische, theoretische und politische Bedingungen der Integration zweier Schlüsselkonzepte der globalen Machtbeziehungen
- 38 LOTHAR BROCK
Die Transformation der Nord-Süd-Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts: Sicherheitsdiskurse als Empowerment?
- 59 CLEMENS SIX
Sicherheit und Entwicklung als Normative der EU-Außenpolitik: Hegemonie durch Konsens und Zwang
- 80 TOBIAS DEBIEL, DANIEL LAMBACH
From “Aid Conditionality” to “Engaging Differently”:
How Development Policy Tries to Cope with Fragile States
- 100 Rezensionen
- 107 SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen
- 110 Impressum

JAN POSPISIL

Entwicklung und Sicherheit: Historische, theoretische und politische Bedingungen der Integration zweier Schlüsselkonzepte der globalen Machtbeziehungen

„[W]e will not enjoy development without security, we will not enjoy security without development, and we will not enjoy either without respect for human rights. Unless all these causes are advanced, none will succeed.“ (Annan 2005: Abs. 17)

„Friede und Stabilität sind also Voraussetzung für Entwicklung und Wohlstand, während umgekehrt Armutsminderung und die dauerhafte Verbesserung der Lebensverhältnisse einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung von gewaltsamen Konflikten leisten.“ (Austrian Development Agency 2006: 6)

Diese zwei aus sehr unterschiedlichen Kontexten stammenden Zitate – das erste aus Kofi Annans letztem großen UN-Bericht *In Larger Freedom*, das zweite aus den *Leitlinien zur Friedenssicherung und Konfliktprävention* der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit – demonstrieren einen Trend in der gegenwärtigen internationalen Politik, der auf die Gestaltung sowohl von Entwicklungs- als auch von Sicherheitspolitik wesentliche Auswirkungen hat und noch haben wird.

Das in diesen Statements zum Ausdruck gebrachte Motto „Entwicklung braucht Sicherheit und Sicherheit braucht Entwicklung“ hat sich im Laufe der letzten 15 Jahre – so lange lässt sich dieser Trend eindeutig zurückverfolgen, auch wenn seine Ursprünge noch eine weitere Dekade zurückliegen – speziell für Entwicklungspolitik als eine der zentralen Grundwahrheiten etabliert. Damit war und ist dieses Motto nicht nur für eine signifikante Wandlung der entwicklungspolitischen Praxis verantwortlich. Es hat auch zu einer bemerkenswerten Akkumulation eines spezifischen Wissens ge-

führt, das über wissenschaftliche Forschungen, Evaluationen, Konzepte und Leitlinien diesen Zusammenhang belegen und Interventionen im Sinne einer produktiven Umsetzung dieser Erkenntnis gestalten will.

Es ist sowohl in Bezug auf die sicherheitspolitische wie auch die Entwicklungsforschung nicht überraschend, dass grundsätzliche Fragestellungen weitgehend ausgeblendet werden. Fragen nach der epistemischen Qualität von Forderungen nach Entwicklung und Sicherheit werden zumeist mit einem moralisierenden Verweis auf die Dringlichkeit eines praktischen Eingreifens, die sich angesichts der zahllosen Opfer der so genannten „Neuen Kriege“ ergeben würde, beiseitegeschoben. Zugleich ist die Arbeit an der internationalen Stabilität in einer immer interdependenten werdenden Welt eine zentrale Verantwortung für die innere Sicherheit. „Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert ist ein strategisches Politikfeld der Weltinnenpolitik“, wie es der ehemalige Abteilungsleiter im deutschen Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Michael Bohnet (2001: 49), formuliert.

Dennoch ist eine kritische Auseinandersetzung mit diesem Prozess angebracht. Ich will diese Kritik allerdings nicht im Sinne einer Bestands- und Mangelaufnahme mit anschließenden Verbesserungsvorschlägen verstehen, sondern als ein störendes Manöver, das, wie es Michel Foucault einmal formuliert hat, in erster Linie dazu dient, Dinge, die allzu leicht von der Hand gehen, ein wenig schwerer zu machen (Foucault 2005: 222).

So sind es vor allem zwei Aufgabenstellungen, denen ich mich in diesem Beitrag widmen will. Zunächst stellt sich in Hinblick auf die eingangs angeführten Aussagen die Frage, unter welchen Voraussetzungen die Behauptung der wechselseitigen Bedingtheit von Entwicklung und Sicherheit zu einer Wahrheit werden und sich so in weiterer Folge zu einem handlungsrelevanten Macht-Wissen entwickeln konnten. Ist der Prozess der historischen Konstruktion dieses Wissens geklärt, sollte es möglich werden, einzelne Handlungskonzepte zu diskutieren, die als praktische Auswirkungen dieser neuen, dann sowohl Sicherheits- als auch Entwicklungspolitik umfassenden strategischen Ausrichtung spürbar werden. Hier werde ich zwei der derzeit maßgeblichen Interventionsparadigmen – Human Security und State-Building – in Hinblick auf ihre spezifischen Funktionalitäten und ihren gouvernementalen Gehalt beleuchten.

1. Der entwicklungsgeschichtliche Kontext: Nachhaltigkeit als Vorbedingung von Sicherheit

Es hat etwas Paradoxes an sich, wenn Andreas Boeckh 1993 ausgerechnet im *Handbuch der Dritten Welt* vorschlägt, „Rückschau“ auf die Entwicklungstheorien zu halten. Denn obwohl er von einem „Scheitern der Entwicklungstheorien an der Komplexität ihres Gegenstandes“ (Boeckh 1993: 125) spricht, ist für ihn trotzdem eines klar: Entwicklung an sich braucht es natürlich schon. Jene neue Bescheidenheit, die er einfordert und die „zum dauerhaften Bestandteil der Wissenschaftskultur“ im Bereich der Entwicklungsforschung werden sollte (ebd.: 126), bezieht sich also nicht auf die Behauptung von Entwicklung selbst. Wiewohl es angesichts der gemessen an seinen explizit formulierten Zielbestimmungen und Maßstäben chronischen Erfolglosigkeit von entwicklungspolitischer Praxis eigentlich nahe liegend gewesen wäre, das Projekt Entwicklung ad acta zu legen, ist das Festhalten an der Idee – schon allein angesichts der institutionellen Eigeninteressen, die ein GTZ-Bürochef im informellen Rahmen einmal treffend mit den Worten „*donors are here to stay*“ zusammengefasst hat – keineswegs überraschend.

Dennoch benötigt es einschneidender Um- und Neuorientierungen, wenn es möglich sein soll, von einem Scheitern der Entwicklungstheorien zu sprechen und gleichzeitig der Theorie von Entwicklung volle Gültigkeit zuzusprechen. Zunächst stellt sich die Frage nach den historischen Rahmenbedingungen, die es überhaupt ermöglichen, von einem Ende der Entwicklungstheorien zu sprechen. Die großen Auseinandersetzungen der 1970er Jahre haben dafür jedenfalls nicht ausgereicht. Letztendlich waren sich die großen Widersacher jener Tage, Modernisierungs- und Dependenztheorie, sowohl in der Diagnose von Problemstellungen, etwa die Identifizierung und entwicklungspolitische Problematisierung von Armut (vgl. Escobar 1995: 23ff.), als auch in der Festlegung der Therapie „Entwicklung“ einig. Der theoriegeschichtliche Ablauf beweist, dass die zeitweise als antagonistisch verstandenen Unterschiede in der Identifikation von Entwicklungshemmnissen und politisch-utopischen Zielvorstellungen demgegenüber letztendlich sekundär waren.

Aus historischer Perspektive ist also entscheidend, dass die Auseinandersetzungen primär um die Frage des Entwicklungs*weges* geführt wurden,

während das *Ziel* von Entwicklung an sich, zumindest in einem gewissen Rahmen, unumstritten war. Natürlich waren sich die tragenden Kräfte keinesfalls einig, ob ein wohlfahrtsstaatlich oder ein neoklassisch liberal orientiertes staatliches Modell anzustreben sei oder wie weit und zu welchen Bedingungen eine Weltmarktintegration zu erfolgen habe. Aber die grundlegende Vision einer ökonomischen und sozialen Modernisierung sowie die Einrichtung eines modernen Staatswesens wurde durchgängig geteilt, also von Modernisierungs- wie Dependenztheorie, von neoklassischen VertreterInnen einer bedingungslosen Weltmarktintegration bis hin zu radikalen ApologetInnen einer totalen Dissoziation.

Die wesentliche Neudefinition der entwicklungspolitischen Konzeption ist später, konkret in den 1980er Jahren, anzusetzen, und überwindet den Grabenkampf zwischen ModernisiererInnen und Dependistas auch insofern, als sich bi- wie multilaterale Entwicklungsagenturen des Westens gegenüber den Dependistas öffnen und sie in gewichtigem Maße über neu eingebrachte Themenstellungen zurück ins Boot holen (vgl. Nederveen Pieterse 1998: 349f.). Anzuführen ist hier etwa der Versuch der Identifikation gemeinsamer Interessen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern, die der in diesem Zusammenhang grundlegende Brandt-Report der „Nord-Süd-Kommission“ im Jahr 1980 um Begriffe wie Recht, Gerechtigkeit und Vernunft zu konstruieren versucht, um „von der ständigen Verwechslung zwischen Wachstum und Entwicklung loszukommen“ (Brandt et al. 1980: 33). Es sollte allerdings noch einige Jahre in der „verlorenen Dekade“ der 1980er benötigen, bis es einer weiteren Kommission, diesmal der 1983 von der UNO eingesetzten „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ unter Leitung von Gro Harlem Brundtland, vorbehalten war, 1987 die anstehende Neudefinition von Entwicklungspolitik mit einem Begriff auf den Punkt zu bringen: Nachhaltigkeit.

Der zunächst hauptsächlich für den Umweltbereich vorgesehene Begriff – vorwiegend im Sinne einer Nutzungsweise natürlicher Ressourcen, die ihre Reproduzierbarkeit und damit langfristige Nutzbarkeit garantiert – wird zu *dem* entwicklungspolitischen Schlüsselbegriff der 1990er Jahre, definiert als „development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs“ (Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987, zit. n. Duffield 2005: 149). Diese Definition ist entscheidend, bedeutet sie doch den wesentlichen Bruch mit dem

bis zu diesem Punkt vorherrschenden Entwicklungsdenken: „it marked an end to earlier modernist assumptions that the underdeveloped world would, after passing through various stages, come to resemble the developed. Sustainable development breaks this aspirational goal and substitutes a relation of containment. Southern populations are now expected to live within the limits of their own powers of self-reliance“ (Duffield 2005: 150).

Das Konzept der Nachhaltigkeit hat zwei zentrale Implikationen: Zunächst ist es Voraussetzung für das erwähnte Ende der bis in die 1980er Jahre bestimmenden großen Theorie-Debatten (Menzel 1992: 129ff.). Darüber hinaus gelingt es jedoch, durch die im Konzept transportierten neuen Inhalte von Entwicklungspolitik über eine gezielte Anbindung der Ökologiebewegungen und des NGO-Sektors, einen Großteil der konkurrierenden Ansätze in das Entwicklungsprojekt der staatlichen Eliten des Nordens zu reintegrieren.

Dieser Erfolg ist umso erstaunlicher, wenn wir die zweite Implikation betrachten, die nachhaltige Entwicklung mit sich gebracht hat: den endgültigen Wechsel in der entwicklungspolitischen Zielbestimmung. Denn Nachhaltigkeit bedeutet nichts anderes als eine Verschiebung der Modernisierungsversprechungen auf unbestimmte Zeit, also im Grunde genommen das Eingeständnis des Scheiterns der bisherigen Konzeption von Entwicklungspolitik. Statt der versprochenen Angleichung des Lebensstandards gibt es nun vor allem neue Verantwortlichkeiten, die den peripheren Regionen zugewiesen werden: eben nachhaltig zu agieren. Dies bedeutet strategisch im systemischen Kontext vor allem eines: das Ende der bisherigen Koopierungsstrategien gegenüber den peripheren Regionen und ihre Ersetzung durch *Containment* (vgl. Duffield 2006).

Die Integrationsfähigkeit des Nachhaltigkeitskonzepts zeigt sich im Speziellen an drei Themenfeldern, die zentrale Kritikbereiche an der bisherigen Entwicklungspraxis markieren: Umwelt, Frauen und Frieden. Durch ihre Einbeziehung nicht nur in die Diskussion, sondern – als Folge ihrer „Mainstreamisierung“ oder Erklärung zur „Querschnittsmaterie“ – in die definierten Zielbestimmungen der meisten Entwicklungsagenturen während der 1990er Jahre wird ein doppelter Effekt erzielt. Zunächst konnte durch die Integration von gängig als „links“ besetzten Thematiken in den Mainstream-Diskurs eine neue Identität der ODA-Agenturen auch mit den im (grün)alternativen und zivilgesellschaftlichen Bereich verorteten Entwick-

lungshelferInnen hergestellt werden. Die verstärkte Einbindung des NGO-Sektors in die offizielle bilaterale wie multilaterale Entwicklungshilfe ab den späten 1980er Jahren erklärt sich folgerichtig aus diesem Prozess.

Zugleich bedeutet die Aufnahme dieser Themenfelder in weiterer Konsequenz auch, dass in der Analyse die Ursachen der erkannten Probleme ein für alle Mal an die Peripherien zurückgeschoben werden (vgl. Hödl 2004: 58ff.). Denn natürlicherweise geht es bei entwicklungspolitischen Umwelt-, Frauen- oder Friedensproblematiken wiederum um Probleme an der Peripherie, die durch das Know-how der Zentren einer Lösung zugeführt werden sollen. Damit wird nicht nur die Wirkung von Ansätzen, die das systemische Ungleichgewicht auf globaler Ebene als primäre Problemursache ins Zentrum rücken wollen, effektiv untergraben. Umweltschutz wird zur Frage von Luftverpestung in veralteten peripheren Schwerindustriestandorten, Feminismus zur Frage von als reaktionär und patriarchal identifizierten Praktiken traditioneller, also rückständiger Gesellschaften und Friedenspolitik zur Frage tendenziell als irrational analysierter Gewaltkonflikte an der Peripherie.

An die Stelle von Infragestellungen globaler Herrschaftsverhältnisse und einer in einen historischen Kontext gesetzten Suche nach deren Ursachen rückt damit die Erkenntnis einer dringend einzudämmenden Gefahr an immer unsichereren Peripherien, was nicht nur die folgerichtige Verknüpfung mit Praktiken verstärkter sozialer Intervention, sondern auch die logische Anbindung an sicherheitspolitische Konzepte nach sich zieht: „The types of economic and social policies being pursued, levels of poverty, the extent of corruption, the role of women, the status of the media, psychological well-being, and so on, have all become areas in which the borderlands as a social body have been opened up to levels of metropolitan monitoring, intervention and regulation unprecedented since the colonial period. The transformation of the borderlands from a series of strategic states into a potentially dangerous social body forms the basis of current understandings of human security“ (Duffield 2002: 89).

2. Der sicherheitspolitische Kontext: Neue Bedrohungsbilder und Analyseraster nach dem Ende des Kalten Krieges

Die Konzeptualisierung dieser Gefahr ist naturgemäß eine Aufgabe, die in den genuin sicherheitspolitischen Kontext fällt. Nach Ende des Kalten Krieges wandert die Aufgabe der Analyse und theoretischen Konzeptualisierung jedoch merklich von klassischen geostrategischen Ansätzen der Internationalen Beziehungen hin zur Konfliktforschung. Es sind insbesondere der Jugoslawien-Krieg, die gescheiterte Somalia-Invasion der USA und der ruandische Genozid, die in der ersten Hälfte der 1990er Jahre als Anlässe für diese Verschiebung dienen sollten. Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse sind es vor allem effektvolle journalistisch-populärwissenschaftliche Beschreibungen wie Robert Kaplans *Balkan Ghosts* (1994) oder Michael Ignatieffs Reisebericht in Regionen des „neuen Nationalismus“ unter dem Titel *Blood and Belonging* (1993), die auf fruchtbaren politischen Boden fallen.

Schon bald sind von EntscheidungsträgerInnen Aussagen über regionale Konflikte zu vernehmen, die sich erheblich von jenen gängigen rhetorischen Mustern unterscheiden, die bis zu den 1980er Jahren dominierten. So skizziert der Sicherheitsberater im ersten Kabinett Clinton, Anthony Lake, im September 1994: „The enemies of the tolerant society are not some nameless, faceless force; they are extreme nationalists and tribalists, terrorists, organized criminals, coup plotters, rogue states, and all those who would return newly freed societies to the intolerant ways of the past“ (Lake 1994). Nicht mehr der Kommunismus, der pro-westliche Staaten wie aufgereihete Dominosteine gefährden würde, sondern eine Mischung aus irrationaler Traditionalismus und überbordender Kriminalität wird also zur zentralen Bedrohung der Freiheit nach Ende des Kalten Krieges.

Den speziell in Europa gängigsten Überbegriff für diese neu entdeckten Phänomene sollte Mary Kaldor liefern: In ihrem 1999 erstmals erschienenen *New and Old Wars – Organized Violence in a Global Era* (Kaldor 2001) geht sie davon aus, dass es einen Bruch in der internationalen Kriegsführung gegeben hätte, der in den 1980er und 1990er Jahre festgestellt werden könnte. Diese neuen Kriege „involve a blurring of the distinctions between war [...], organized crime [...] and large-scale violations of human rights“ (ebd.: 2), wobei vor allem der letzte Punkt, die Verletzung universell als gültig gesetz-

ter Rechte, eine Intervention von außen geradezu herausfordert. Folgerichtig liegt Kaldors zentraler Ansatz in der Antwort auf diese Herausforderung in einer kosmopolitischen *Global Governance* (ebd.: 147ff.), wobei einer der zentralen Aspekte ein *cosmopolitan law enforcement* (ebd.: 124ff.), etwa im Rahmen der UNO, sein sollte. Einer globalisierten, also transnational verfassten Zivilgesellschaft schreibt Kaldor wenig später eine Schlüsselrolle in der Umsetzung eines solchen Ansatzes zu (vgl. Kaldor 2003).

In der spezifischeren Ausdifferenzierung dieser neuen Art von Konflikten entwickelt sich ein regelrechter Wettstreit zwischen unterschiedlichen Ansätzen, die mehr oder minder explizit neue Paradigmen der Konfliktanalyse etablieren wollen. Einer der am häufigsten diskutierten ist sicherlich jener von Samuel Huntington, der diese nicht mehr länger einer politischen Logik gehorchenden Konflikte auf einen *Clash of Civilizations* (Huntington 2003) zurückführen will, der nach dem Zusammenbruch des durch den Kalten Krieg vorgegebenen strukturellen Korsetts nun in verschiedenen Weltregionen durchbrechen würde. Diese provokante Essentialisierung von Gruppenidentitäten führt zu einer scharf geführten Debatte, im Zuge derer sich die meisten anderen an der Neukonfiguration der Konfliktanalyse Beteiligten deutlich von Huntington distanzieren, um zugleich die von ihm vorgegebenen Rahmenbedingungen einer post-politischen Konfliktanalyse dankbar aufzunehmen.

So erfreut sich die These von „ethnischen Konflikten“ speziell im politikwissenschaftlichen Bereich der Konfliktanalyse – und zwar parallel zur Empörung über Huntingtons Ansatz – neuer Beliebtheit. Das Schlüsselwerk zur Etablierung des Begriffes „ethnischer Konflikt“ in diesem Kontext ist dabei schon relativ alt: 1985 veröffentlicht Donald L. Horowitz, der sich schon seit Ende der 1960er Jahre mit der Frage von Ethnizität und Konflikt auseinandergesetzt hatte, sein *Ethnic Groups in Conflict*. Die Bedeutung des Werkes nimmt mit den Ereignissen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre schlagartig zu. So kann Horowitz im Vorwort zur zweiten Ausgabe im Jahr 2000 schreiben: „Since this book was first published, ethnic conflict has established itself ever more securely as a subject worthy of serious study. There can be no doubt that events have driven scholarship. The most significant events followed the demise of the Soviet Union and of the former Yugoslavia“ (Horowitz 2000: xi).

Auf Policy-Ebene bildet sich der Begriff des „ethnopolitischen Konfliktes“ als derzeit erfolgreichste Ausprägung des Ansatzes heraus. Er basiert auf der Annahme, dass „Ethnie“ ein für politische Zwecke mobilisierbares Muster kollektiver Identitätsbildung darstellt, womit er konstruktivistische und funktionalistische Zugänge verbindet. Zentral ist der Ansatz etwa für die Arbeit der deutschen Berghof-Stiftung, die ihr speziell in Europa sehr einflussreiches Konflikttransformations-Handbuch unter das Motto *Transforming Ethnopolitical Conflict* (vgl. Austin et al. 2004) gestellt hat.

Ein dritter einflussreicher Strang dieser neuen Ansätze in der Konfliktanalyse entstammt unmittelbar dem entwicklungspolitischen Spektrum. Neben den speziell für die deutsche Diskussion wesentlichen Begriffen von „Gewaltmärkten“ (Elwert 2003: 96ff.) und „Kriegsökonomien“ (Kurtenbach/Lock 2004) ist es vor allem eine Weltbank-Projektgruppe unter Leitung von Paul Collier, die mit provokanten Thesen Aufmerksamkeit erregt. Zentral bei ihrem Ansatz ist die Konzeptionalisierung von bewaffnetem Konflikt als quasi-krimineller Aktivität, womit Collier und sein Team den ihrer Meinung nach politikwissenschaftlich dominierten Debatten in der Konfliktanalyse eine auf objektiv messbaren Kriterien beruhende ökonomische Alternative entgegensetzen wollen. Die durch den Projektbericht *Breaking the Conflict Trap. Civil War and Development Policy* (Collier et al. 2003) zugespitzte *Greed&Grievance-Debatte* (vgl. dazu auch Berdal/Malone 2000) wird zwar schließlich von Collier selbst in ihrer Polarität zurückgenommen, sie trägt aber, neben der entsprechenden Forcierung des Ansatzes durch die Weltbank, dazu bei, dass der Ansatz bei den meisten policy-relevanten Konfliktanalysen an entscheidender Stelle mit einbezogen wird.

Der für die sicherheitspolitische Umsetzung vielleicht relevanteste Zugang ist jedoch die Interpretation von bewaffneten Konflikten als Konsequenz schwacher oder scheiternder Staatlichkeit. So erkennt etwa der deutsche Aktionsplan *Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung* schwache oder zerfallende Staatlichkeit als Ausgangspunkt jener potenziellen „Neuen Kriege“, in denen nicht nur die „traditionellen Konfliktphasen“ verschwimmen würden, sondern auch nichtstaatliche Akteure sich dem staatlichen Gewaltmonopol entgegensetzen und in weiterer Folge profitable Gewaltökonomien entstehen könnten (Deutsche Bundesregierung 2004: 5f.). Ausgangspunkt hat das Konzept in den USA, wo seit Mitte der 1990er Jahre in verschiedenen Forschungsgruppen die Folgen des

Zerfalls von Staatlichkeit untersucht werden. Insbesondere die Arbeiten der Gruppe um Robert Rotberg (2003, 2004) sind für die Prägung der sich rasant verbreitenden Begrifflichkeiten von *Failed States* und *Weak States* von herausragender Bedeutung.

Auf politischer Ebene ist es das Konzept der *fragilen* Staatlichkeit, das sich letztendlich in der Ursachenbeschreibung durchsetzt. Einerseits ermöglicht es, die verschiedenen neuen Analyse-Ansätze unter seiner vergleichsweise großen analytischen Spannweite nahezu beliebig zu kombinieren, andererseits erspart der Begriff eine explizite Wertung der Stärke von Staatlichkeit, was insbesondere auf diplomatischer Ebene hilfreich ist. So ist der Begriff in den USA nicht nur im aktuellen White Paper von USAID in den Zielbestimmungen zu finden („*strengthening fragile states*“, USAID 2004: 5), es wird sogar ein eigenes Strategiepapier zur Thematik ausgearbeitet, die so genannte *Fragile States Strategy* (USAID 2005). Ebenso findet sich der Begriff bei Dokumenten der EU-Kommission (vgl. EC 2004: 114), in der Sektorstrategie für *Peace-Building* des deutschen BMZ (2005: 5, 9) und beim britischen DFID im Arbeitspapier *Why we need to work more effectively in fragile states* (DFID 2005). Auch das DAC hat sich mit *Policy Guidelines* (DAC 2006) und Prinzipien des Engagements in fragilen Staaten (DAC 2007) auf den Begriff festgelegt.

Im Umkehrschluss wird somit der Staat zum Garanten und einzig nachhaltig wirksamen Schutzmechanismus vor bewaffneten Konflikten. Diese Schlussfolgerung ist bei allen hier angeführten Analyseansätzen festzustellen und schließt unmittelbar an die Lösungsvorschläge der pragmatisch orientierten Friedensforschung um Dieter Senghaas und sein zivilisatorisches Hexagon (vgl. Senghaas 1994: 26) aus der ersten Hälfte der 1990er Jahre an. In der Verknüpfung dieser Staatsorientierung mit der Tendenz zur Irrationalisierung der in solchen bewaffneten Konflikten Kämpfenden erkennt Herfried Münkler auch Zweckorientierung: „Dass die ethnischen und religiösen Erklärungen der neuen Kriege so attraktiv sind, dürfte vor allem daran liegen, dass die Kriege damit, zumindest implizit, für irrational erklärt werden können: Wenn sie von antiquierten, unaufgeklärten Einstellungen und Motiven angetrieben werden, so liegt es nahe, ihnen mit dem Instrumentarium der Aufklärung zu Leibe zu rücken“ (2002: 160f.).

Es ist denn auch naheliegend, hinter diesem neuen Schwall an Konfliktanalysen eine Wahrnehmungsverschiebung zu vermuten, die mit einem

strategischen Interesse einhergeht. Denn die Entpolitisierung des Problemfeldes bewaffneter Konflikte, wie sie in diesen Analyseansätzen in nahezu programmatischer Qualität vollzogen wird, ermöglicht ein Spiel der Legitimierung oder Delegitimierung von Konflikten entlang von Kriterien und Regeln, die von den Zentren vorgegeben werden. Damit bilden diese neuen Analyseraster die konzeptionelle Voraussetzung für die Annäherung der traditionellen Sicherheits- und Verteidigungspolitik an entwicklungspolitische Agenden, die sich zeitlich weitestgehend parallel vollzieht. Eine Annäherung, die nach Mark Duffield als zweite Chance zu sehen ist: „the new wars have provided an opportunity to rediscover and reposition development as a second chance to make modernity work“ (2002: 88).

Der Sicherheitsbegriff bekommt in diesem Zusammenhang die Funktion, ein neu gezeichnetes Bild von Gefahr zu kodifizieren und abzuwehren. Zugleich erfährt er eine doppelte Ausdehnung, die mit diesen neuen Analyserastern der bewaffneten Konflikte an den Peripherien korrespondiert: einerseits seine geographische Ausdehnung im Sinne einer Global Governance, die auf der Behauptung einer weltweit wirksamen Bedrohungssituation aufbaut und in plakativer Weise in der Aussage des ehemaligen deutschen Verteidigungsministers Struck, dass die innere Sicherheit Deutschlands auch am Hindukusch verteidigt würde, ihren Ausdruck findet. Andererseits gestattet Sicherheit einen nicht nur umfassenden, sondern auch durchdringenden Zugriff auf eine als gefährdet begriffene Bevölkerung, erweitert also speziell in ihrer Spielart als *Human Security* ihren Gültigkeitsbereich auch auf sozialer Ebene. Mit dieser zweifachen Erweiterung wird Sicherheit somit zur Figur, mit der sich potenziell jeder in ihrem Namen geführte Zugriff der Zentren in peripheren Regionen als Ausdruck allseitig geteilter Interessenlagen argumentieren lässt.

3. Neue Interventionsansätze als Fusionsprodukte: *State-Building vs. Human Security*

Die Anbindung an sicherheitspolitische Agenden an sich ist keine neue Erfindung, sondern ein der Entwicklungspolitik immanentes Phänomen. Schon ihr erstes explizit entwicklungspolitisches Programm – den Marshall-Plan – definieren etwa die USA, die wesentlichen Promotoren von Ent-

wicklungshilfe im nachkolonialen Kontext, vor dem Hintergrund sicherheitspolitischer Zielsetzungen. Unterschiedliche Spielarten dieses Konnexes durchziehen in der Folge die klassischen Entwicklungsdekaden, sei es die prototypisch von der US-amerikanischen Kennedy-Administration verkörperte Interpretation von Entwicklungshilfe als wachstumsorientierte Abwehr der kommunistischen Bedrohung oder die durch den Brandt-Report forcierte Argumentation der Verbindung von Entwicklung und Frieden im Sinne einer „Weltinnenpolitik“ (Brandt et al. 1980: 27).

Dennoch bringen die 1990er Jahre eine qualitative Veränderung. Diese Veränderung ist der Wandel vom Verständnis der Entwicklungspolitik als Methode zur Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Frieden und Sicherheit hin zum Einsatz von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit zur direkten und bewussten Intervention in krisenhafte bewaffnete Konflikte. In dieser neuen Interpretation verschränkt sich die sich aus dem Nachhaltigkeitskonzept ergebende Notwendigkeit einer verstärkten Präsenz in den Zielregionen mit dem neuen Verständnis von bewaffneten Konflikten an den Peripherien als globaler Gefahr. Das Resultat ist eine Praxis, die als sicherheitspolitische Entwicklungszusammenarbeit zu bezeichnen ist.

Nach dem Aufkommen des Governance-Begriffes in den späten 1980er Jahren ist es vor allem die UNO, die diese Veränderung mit einigen Schlüsseldokumenten einleitet: zunächst im Jahr 1992 mit dem Report *An Agenda for Peace. Preventive diplomacy, peacemaking and peace-keeping* (Boutros-Ghali 1992) und später mit dem programmatischen *Human Development Report* 1994 (UNDP 1994), der den Begriff *Human Security* in großem Stil in die Debatte einführt. Es obliegt schließlich Kofi Annan, den Zusammenhang zwischen Konfliktprävention und Nachhaltigkeit explizit zu formulieren: „Conflict prevention and sustainable development are mutually reinforcing“, heißt es im Report *Prevention of Armed Conflict* (Annan 2001: Abs.11).

Auf bilateraler Ebene erweisen sich speziell die skandinavischen Länder und die Niederlande als Vorreiter einer Debatte (vgl. Mehler/Ribaux 2000: 41), die 1997 in der Ausarbeitung der bis heute (nach einer Überarbeitung in 2001) als Schlüsseldokument geltenden Guidelines des Development Assistance Committee (DAC), *Helping Prevent Violent Conflict* (DAC 2001), einen ersten Höhepunkt findet. Im Juli 2005 sorgt das DAC mit der Einführung des Codes 152 für Maßnahmen mit der Zielsetzung *Conflict pre-*

vention and resolution, peace and security (vgl. DAC 2005) schließlich auch für eine formelle organisatorische Einbindung der explizit sicherheitspolitischen Praxis in den entwicklungspolitischen Kanon.

Daneben erweist sich das Konzept der „strukturellen Stabilität“ im Sinne der Zielbestimmung der entwicklungspolitischen Intervention als zentral, etwa wie es vom DAC (2001: 31ff.) oder der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (vgl. Ropers 2002: 18) forciert wird. Zu verstehen ist das Konzept als ein Mix von Maßnahmen, die auf Legitimation, Gestaltungswillen und Gestaltungsmacht staatlicher Strukturen in Verbindung mit der Verankerung von Mechanismen friedlicher Konfliktaustragung abzielen (ebd.: 46ff.). Mit diesem staatsnahen Gehalt befindet sich dieses Konzept in „gewisser Konkurrenz“ (Mehler/Ribaux 2000: 39) zu *Human Security*, die primär das Element Bevölkerung fokussiert.

Zugleich führt dieser staatsnahe Gehalt speziell in der deutschen Debatte zu starker Kritik, was zu einer Aufweichung des Begriffsgehaltes in Richtung eines Überbegriffes für verschiedene Interventionsansätze führt, vergleichbar der Funktion, die der Begriff „fragile Staatlichkeit“ für die Ursachenanalyse einnimmt (vgl. Klingebiel 2002). Das Konzept, das sich tatsächlich als Konkurrenz zum *Human-Security*-Ansatz etabliert hat, ist jenes des *State-Building*, das sich neben der institutionellen Komponente und Good Governance durch eine speziell für die US-amerikanische Entwicklungspolitik immanent handlungsrelevante Komponente auszeichnet: Demokratisierung.

State-Building beruht denn auch entscheidend auf der Idee der Kombination starker staatlicher Institutionen mit der Etablierung von Prozessen des politischen Wettbewerbs und damit der wahrscheinlich effektivsten Möglichkeit der Intervention im Sinne einer repolitisierten Nachhaltigkeit. „The historical role of political development theorists, as avatars of global capitalism, was crucial in this sense in subsequently engendering a ‚doctrine for political development‘, based on containing demands for mass participation as a prelude to the dissemination of liberal democracy throughout the post-colonial world“ (Bilgin/Morton 2002: 60). Entwicklungspolitisches *State-Building* (vgl. Fukuyama 2004; Ottaway 2003) tendiert so zu einer liberalen Interpretation von *Social Engineering*, die primär auf den Mechanismus der Selbstregulation von Akteuren vertraut, immer auf Basis der Grundannahme eines gegebenen Bedürfnisses nach Demokratie. Die Zivil-

gesellschaft rückt in diesem Konzept in die Rolle eines effizienten Hebels gouvernementaler Kontrolle.

So ist *State-Building* auch eng mit dem Theorem des liberalen Friedens verknüpft (vgl. dazu Paris 2004: 40ff.). Dafür war speziell in den USA, die im Rahmen dieses Prozesses eine Vorreiterrolle einnehmen, ein signifikanter außenpolitischer Kurswechsel notwendig. Dieser Wechsel von einer klassisch realistischen Orientierung wird mit den schweren außenpolitischen Niederlagen im Iran und in Nicaragua eingeläutet und zeigt erstmals mit dem Kurswechsel gegenüber der Marcos-Diktatur und der Unterstützung eines demokratischen Wandels auf den Philippinen konkrete Wirkung (vgl. Robinson 1996).

Dass eine solche Neuentdeckung des Idealismus zu einer Verstärkung der militärischen Interventionstätigkeit führt, ist nur konsequent und wird durch die zu diesem Zeitpunkt einsetzende und bis zum heutigen Tag andauernde Welle des humanitären Interventionismus bestätigt. Denn ist der Demokratie mit der Beseitigung diktatorischer Regimes erst zum Durchbruch verholfen, wird von den lokalen AkteurInnen entsprechendes Verhalten vorausgesetzt: „Liberal peace aspires to secure stability within the political complexes that it encounters on its shifting borders through the developmental principles of partnership, participation and self-management. People in the South are no longer ordered what to do – they are now expected to do it willingly themselves. Compared to imperial peace, power in this form, while just as real and disruptive, is more nuanced, opaque and complex“ (Duffield 2001: 34).

Auch *Human Security* wird, etwa vom DAC (2001), als wesentliche Grundlage von nachhaltiger Entwicklung definiert. Im Gegensatz zu *State-Building* zielt es jedoch weniger auf institutionelle Rahmenbedingungen und politische Prozesse ab, sondern direkt auf als betroffen definierte Bevölkerungsgruppen: „This implies protection from systemic human rights abuses, physical threats, violence and extreme economic, social and environmental risks“ (ebd.: 19). Speziell in der europäischen Diskussion hat sich *Human Security* zu einem der dominierenden Ansätze für internationalen Interventionismus entwickelt, was sich aus dem hier traditionell engen Wechselspiel zwischen staatlicher bilateraler Entwicklungszusammenarbeit, dem multilateralen Bereich und der zivilgesellschaftlichen Ebene erklärt. So verwundert es wenig, dass die Zivilgesellschaft in den Zielregionen zum

zentralen Agenten in der Implementierung dieses auf die Mikroebene fokussierenden Sicherheitsbegriffes wird. Ihr sind von der Früherkennung von Bedrohungen, speziell in aktuellen Varianten von *Early Warning Systems* (vgl. Rupesinghe 2005), bis hin zur Umsetzung von entsprechenden Gegenmaßnahmen – wozu sie mit *Capacity Building* vorzubereiten ist – wesentliche Teile der konkreten Aufgabenstellungen zugeordnet.

Dennoch ist es unerlässlich, dass die Steuerung des Gesamtprozesses den Zentren obliegt, die sich schließlich selbst als am besten in der Lage deklarieren, in solchen Bedrohungssituationen verantwortungsvoll zu agieren. So liefert *Human Security* nicht nur, wie es Mark Duffield treffend formuliert, eine „ethische Doktrin“, die es den Zentren ermöglicht, sich selbst in der Position einer moralischen Überlegenheit und zugleich ethischen Verantwortlichkeit zu inszenieren. „Die Umsetzung Menschlicher Sicherheit ist zugleich Ausdruck einer Übertragung von Souveränität über Leib und Leben nicht-westlicher Bevölkerungen von ihren ehemaligen Staaten auf ein inzwischen weitgehend privatisiertes globales System der Bewertung, Handhabung und Eindämmung sozialer Risiken und Gefährdungen“ (Duffield 2004: 73f.).

Im Drang nach mikroskopischer Kontrolle von als gefährlich definierten Peripherien impliziert *Human Security* so im Gegensatz zum liberal-regulativ wirkenden *State-Building* eine totalitäre Vorstellung gesellschaftlicher Transformation. Die Bedrohung menschlicher Sicherheit ist gleichzusetzen mit einem Versagen jener Techniken der Selbststeuerung, die ein demokratisches Zusammenleben auf substaatlicher Ebene garantieren würden. Die Etablierung möglichst präziser Systeme sozialer Kontrolle – natürlich mit der implizit oder explizit vorhandenen Möglichkeit der Überführung dieser Kontrolle in ein System der Selbstregulierung, wie es der Ansatz von Nachhaltigkeit verlangt – ist daher notwendige Praxis.

4. Keine Entwicklung ohne Sicherheit

Trotz dieser Unterschiedlichkeit treffen sich beide Ansätze – *State-Building* wie *Human Security* – dennoch in einer wesentlichen Gemeinsamkeit. Diese lässt sich beispielhaft an der vom französischen Außenminister Bernard Kouchner, einer Persönlichkeit, die ohnehin wie kaum eine andere die

Symbiose zwischen humanitärer Intervention und *Human-Security*-Ansatz verkörpert, ausgerichteteten Darfur-Konferenz verdeutlichen, die am 25. Juni 2007 in Paris stattfand. Genauer gesagt jedoch nicht an den Inhalten der Konferenz, sondern an der Zusammensetzung der Teilnehmenden. Denn nicht nur waren die sudanesisische Regierung und faktisch alle relevanten Rebellengruppen aus Darfur nicht anwesend, auch die Regierung des Tschad und sogar die Afrikanische Union, die derzeit für die internationale Schutztruppe in der Konfliktregion verantwortlich zeichnet, fehlten. Die so vermittelte Botschaft ist eindeutig: Frieden und Sicherheit sind viel zu wichtig, um sie den zu Entwickelnden zu überlassen.

So konstruieren beide Interventionsansätze, wenn auch vor einem Hintergrund, der unterschiedliche historische Entwicklungen widerspiegelt, ein spezifisches Wissen, dessen entscheidende Qualität in der Behauptung von Vorbildwirkungen vermeintlich friedlichen Zusammenlebens besteht, wie es die Europäische Union oder die Vereinigten Staaten von Amerika repräsentieren sollen. Ein solches Wissen bildet die Basis der nun unmittelbar sicherheitspolitischen Intervention von Entwicklungszusammenarbeit, die Basis für den – in Abwandlung des berühmten Gedichtes von Rudyard Kipling – „*Peace-Maker's Burden*“.

In seinem vermeintlich umfassenden und innovativen Charakter zeigt der Prozess der Fusion von Entwicklung und Sicherheit aber auch seine extreme Brüchigkeit: Denn sowohl Entwicklung als auch Sicherheit sind angesichts ihres immanent zerstörerischen Charakters immer stärkeren Angriffen ausgesetzt. Sie sind mit getrennten Strategien in der Praxis kaum durchzuhalten, weil der Widerstand dagegen dazu tendiert, sich jeder Integrierbarkeit im Sinne einer *Global Governance* zu widersetzen. Die Zukunft wird zeigen, ob diese Fusion die nun zusammengespannten Konzepte in die Lage versetzen kann, längerfristig handlungsrelevant zu bleiben, oder ob ihr endgültiges Ende bereits eingeläutet ist.

Literatur

- Annan, Kofi (2001): Prevention of armed conflict. Report of the Secretary-General no. A/55/985 - S/2001/574. New York: United Nations.
- Annan, Kofi (2005): In Larger Freedom. Towards Security, Development and Human Rights for All. Bericht vom 21. März 2005, A/59/2005. New York: United Nations.
- Austin, Alex/Fischer, Martina/Ropers, Norbert (Hg., 2004): Transforming Ethnopolitical Conflict. The Berghof Handbook. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Austrian Development Agency (2006): Friedenssicherung und Konfliktprävention. Leitlinien der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit. Wien: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten.
- Berdal, Mats/Malone, David M. (Hg., 2000): Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil War. Boulder/London: Lynne Rienner Publishers.
- Bilgin, Pinar/Morton, Adam David (2002): Historicising representations of ‚failed states‘: beyond the cold-war annexation of the social science? In: Third World Quarterly 23 (1), 55-80.
- Boeckh, Andreas (1993): Entwicklungstheorien: Eine Rückschau. In: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien. Bonn: Dietz, 110-30.
- Bohnet, Michael (2001): Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert. Potenziale und Handlungsoptionen. In: Epd-Entwicklungspolitik 20/21, 49-52.
- Boutros-Ghali, Boutros (1992): An Agenda for Peace. Preventive diplomacy, peace-making and peace-keeping. Report of the Secretary-General pursuant to the statement adopted by the Summit Meeting of the Security Council on 31 January 1992 no. A/47/277 – S/24111. New York: United Nations.
- Brandt, Willy et al. (1980): Das Überleben sichern. Bericht der Nord-Süd-Kommission. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Köln: Kiepenheuer/Witsch.
- BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2005): Strategy for Peace-building. Sector strategy for crisis prevention, conflict transformation and peace-building in German development cooperation. Bonn: BMZ.
- Collier, Paul et al. (2003): Breaking the Conflict Trap. Civil War and Development Policy. Washington, DC: IBRD/The World Bank/Oxford University Press.
- DAC – Development Assistance Committee (2001): Helping Prevent Violent Conflict. The DAC Guidelines. Paris: OECD.
- DAC – Development Assistance Committee (2005): Reporting Directives for the Creditor Reporting System – Addendum 2. Annex 5. Reporting on the Purpose of Aid. Paris: OECD.
- DAC – Development Assistance Committee (2006): Whole of Government Approaches to Fragile States. DAC Guidelines and Reference Series. Paris: OECD.

- DAC – Development Assistance Committee (2007): Principles for Good International Engagement in Fragile States/Situations. Paris: OECD.
- Deutsche Bundesregierung (2004): Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung, Aktionsplan. Berlin: Bundesregierung.
- DFID – Department for International Development (2005): Why we need to work more effectively in fragile states. London: DFID.
- Duffield, Mark (2001): Global Governance and the New Wars. The Merging of Development and Security. London/New York: Zed Books.
- Duffield, Mark (2002): Reprising Durable Disorder: Network War and the Securitisation of Aid. In: Hettne, Björn/Odén, Bertil (Hg.): Global Governance in the 21st Century: Alternative Perspectives on World Order. Stockholm: Almqvist/Wiksell International, 74-105.
- Duffield, Mark (2004): Netzwerk-Kriege und neue sicherheitspolitische Dimensionen. In: Kurtenbach, Sabine/Lock, Peter (Hg.): Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität. Bonn: Dietz, 72-87.
- Duffield, Mark (2005): Getting Savages to Fight Barbarians. Development, Security and the Colonial Present. In: Conflict, Development and Security 5 (2), 141-59.
- Duffield, Mark (2006): Racism, Migration and Development: the foundations of planetary order. In: Progress in Development Studies 6 (1), 68-79.
- Elwert, Georg (2003): Hilfe und Intervention in Gewaltmärkten. In: Kievelitz, Uwe/Poeschke, Roman (Hg.): Friedens- und Konfliktarbeit in Forschung und EZ-Praxis und der Beitrag der Entwicklungsethnologie. Saarbrücken: Verlag für Entwicklungspolitik, 96-108.
- Escobar, Arturo (1995): Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World. Princeton: Princeton University Press.
- EC – European Commission (2004): Implementation of the Commission Communication on the EU's Role in Promoting Human Rights and Democratisation in Third Countries. COM (2001) 252 final. Commission Staff Working Document no. SEC (2004) 1041. Brussels: European Commission.
- Foucault, Michel (2005 [1981]): Ist es also wichtig, zu denken? In: Foucault, Michel: Dits et Ecrits. Schriften. Vierter Band. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 219-23.
- Fukuyama, Francis (2004): Staaten bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik. Berlin: Propyläen.
- Hödl, Gerald (2004): Österreich und die Dritte Welt. Außen- und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995. Wien: Promedia.
- Horowitz, Donald L. (2000): Ethnic Groups in Conflict. Berkeley/Los Angeles: University of California Press.
- Huntington, Samuel P. (2003): The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order. New York: Simon/Schuster.
- Ignatieff, Michael (1993): Blood and Belonging: Journeys into the New Nationalism. New London: BBC Books.

- Kaldor, Mary (2001): *New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era*. Stanford: Stanford University Press.
- Kaldor, Mary (2003): *Global Civil Society. An Answer to War*. Cambridge: Polity Press.
- Kaplan, Robert D. (1994): *Balkan Ghosts: A Journey Through History*. New York: Vintage.
- Kievelitz, Uwe/Poeschke, Roman (Hg., 2003): *Friedens- und Konfliktarbeit in Forschung und EZ-Praxis und der Beitrag der Entwicklungsethnologie*. Saarbrücken: Verlag für Entwicklungspolitik (= Entwicklungsethnologie 12. Jg., 1+2).
- Klingebiel, Stephan (2002): *Strukturelle Stabilität: Ansatzpunkte für die Entwicklungszusammenarbeit*. Beitrag zur VAD-Konferenz 2002. [http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/6f3fa777ba64bd9ec12569cb00547f1b/2afb571e27d95f3c1256e6e0059095e/\\$FILE/Strukturelle%20Stabilit%C3%A4r%20VAD%20Klingebiel.pdf](http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/6f3fa777ba64bd9ec12569cb00547f1b/2afb571e27d95f3c1256e6e0059095e/$FILE/Strukturelle%20Stabilit%C3%A4r%20VAD%20Klingebiel.pdf), 28.5.2007.
- Kurtenbach, Sabine/Lock, Peter (Hg., 2004): *Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität*. Bonn: Dietz.
- Lake, Anthony (1994): *Speech by National Security Adviser Anthony Lake to the Council on Foreign Relations*. Washington, DC, 14 September 1994.
- Mehler, Andreas/Ribaux, Claude (2000): *Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der Technischen Zusammenarbeit. Ein Überblick zur nationalen und internationalen Diskussion*. Wiesbaden: Universum Verlagsanstalt.
- Menzel, Ulrich (1992): *Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Münkler, Herfried (2002): *Die neuen Kriege*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung).
- Nederveen Pieterse, Jan (1998): *My Paradigm or Yours? Alternative Development, Post-Development, Reflexive Development*. In: *Development and Change* 29 (2), 343-73.
- Ottaway, Marina (2003): *Rebuilding State Institutions in Collapsed States*. In: Milliken, Jennifer (Hg.): *State Failure, Collapse and Reconstruction*. Oxford [et al.]: Blackwell, 245-66.
- Paris, Roland (2004): *At War's End. Building Peace After Civil Conflict*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Robinson, William I. (1996): *Promoting Polyarchy. Globalization, US Intervention, and Hegemony*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ropers, Norbert (2002): *Friedensentwicklung, Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Technische Zusammenarbeit im Kontext von Krisen, Konflikten und Katastrophen*. Eschborn: GTZ.
- Rotberg, Robert I. (Hg., 2003): *State Failure and State Weakness in a Time of Terror*. Cambridge/Washington, DC: World Peace Foundation/Brookings Institution Press.
- Rotberg, Robert I. (Hg., 2004): *When States Fail. Causes and Consequences*. Princeton/Oxford: Princeton University Press.

- Rupesinghe, Kumar (2005): *A New Generation of Conflict Prevention: Early Warning, Early Action and Human Security*. Colombo: FCE.
- Senghaas, Dieter (1994): *Wohin driftet die Welt? Über die Zukunft friedlicher Koexistenz*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- UNDP – United Nations Development Programme (1994): *Human Development Report 1994. New dimensions of human security*. New York/Oxford: Oxford University Press.
- USAID – United States Agency for International Development (2004): *U.S. Foreign Aid: Meeting the Challenges of the Twenty-first Century*. White Paper. Washington, DC.: USAID.
- USAID – United States Agency for International Development (2005): *Fragile States Strategy*. Washington, DC.: USAID.

Abstracts

Die Integration von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, die sich seit eineinhalb Jahrzehnten zunehmend klarer abzeichnet, vollzieht sich unter spezifischen Bedingungen auf historischer, theoretischer und politischer Ebene. Für die Sicherheitspolitik ist nach Ende des Kalten Krieges und dem damit einhergehenden Verlust der Projektion einer eindimensionalen, symmetrischen Konfliktlage die Neukonzeptionalisierung von bewaffnetem Konflikt in post-politischen Konflikttheorien Voraussetzung dieses Prozesses. Auf entwicklungspolitischer Ebene ermöglicht eine Weiterentwicklung des Nachhaltigkeits-Konzeptes hin zum Umgang mit bedrohlichen Situationen an der Peripherie diese Integration. *Human Security* und *State Building* entwickeln sich in diesem Kontext zu tendenziell konkurrierenden Interventionskonzepten, die auf verschiedene Zielsetzungen und unterschiedliche Dimensionen der Intervention abzielen. Der vorliegende Beitrag beleuchtet diese Differenzen vor dem Hintergrund der theoretischen Entstehungsbedingungen beider Konzepte.

The integration of development and security policy, which has been on the increase for about 15 years, is characterized by specific historical, theoretical and political conditions. In the case of security policy, the end of the Cold War has resulted in a loss of the projection of a one-dimensional, symmetric understanding of violent conflict, leading to post-political ap-

proaches in the analysis of violent conflicts. For development policy, an enhanced interpretation of sustainability that conceptualises the periphery as a potentially dangerous terrain is the appropriate counterpart. In this context, “Human Security” and “State Building” are evolving as competing concepts of intervention that focus on different targets and dimensions. This paper discusses these differences against the background of the conditions of both concepts.

Jan Pospisil
Affiliated Researcher
Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP)
Operngasse 20B
A-1040 Wien
pospisil@oiip.at